

Was uns bewegt - Politik in Holle und unserer Region

INHALT

SEITE 2

**„DENKEN OHNE GELÄNDER“
ANSTATT ANGST UND
PESSIMISMUS**
von Oliver Lindner

SEITE 4

INTERVIEW
mit Katja Schoner,
Kandidatin für das Amt der
Bürgermeisterin in Lamspringe

SEITE 6

**FÜR EINE POLITIK VON JUNGEN
MENSCHEN FÜR JUNGE
MENSCHEN**
von Martin Wincek

SEITE 8

INTERVIEW
mit Schorsch Brockmeyer
Landesgeschäftsführer der nds.
SPD zur Situation der SPÖ

Seite 9

**GEMEINDE HOLLE STEIGT IN
PLANUNG DES RADWEGES
GRASDORF-HOLLE EIN**

SEITE 10

**FLUCHT NACH DEUTSCHLAND
FRÜHER UND HEUTE – SPD
SPRICHT ÜBER INTEGRATION ALS
ZENTRALE GESELLSCHAFTLICHE
AUFGABE**

SEITE 12

**BRENNETROGRENEN 2016
IMPRESSUM**

Die Ausgabe 2

Mit dieser Ausgabe liegt die Nummer 2 meines Info-Dienstes vor. Als ich die erste Nummer vor zwei Monaten veröffentlicht hatte, erreichten mich mehrere positive Rückmeldungen. Es hat mich gefreut und es war gleichzeitig Antrieb, an der Fortsetzung zu arbeiten.

Ohne die Bereitschaft Dritter zu Beiträgen und Interviews wäre dieses aber nicht möglich gewesen. Herzlichen Dank dafür!

Ich freue mich, dass Oliver Lindner, Mitglied im Landesvorstand der SPD Sachsen-Anhalt, einen Beitrag zur aktuellen politischen Situation beigesteuert hat - verbunden mit der Forderung nach anderen Denkstrukturen, um die Herausforderung von Migration und Digitalisierung anzunehmen.

Die Ausgabe enthält zwei Interviews. Katja Schoner, Kandidatin für das Amt der Bürgermeisterin in Lamspringe, äußert sich zu ihren Zielen und Positionen.

Das zweite Interview wirft den Blick über die Landesgrenzen

nach Österreich. Georg „Schorsch“ Brockmeyer, Landesgeschäftsführer der SPD Niedersachsen, war eine Zeit lang sowohl beruflich als auch ehrenamtlich für die SPÖ tätig. Er stand für ein Interview zur politischen Lage und insbesondere der Situation der SPÖ zur Verfügung.

Und Martin Wincek stellt in einem Artikel das Jugendwahlprogramm des SPD-Unterbezirks Hildesheim vor.

Daneben findet sich noch ein Bericht von der Veranstaltung des SPD-Unterbezirks Hildesheim „Flucht nach Deutschland früher und heute“, die am 27. Juni stattfand.

Schließlich habe ich Impressionen vom Brennetrogrennen aufgenommen, das der SPD-Gemeindeverband Holle ausgerichtet hatte.

Ich wünsche viel Spaß beim Lesen!

Mit solidarischen Grüßen

Sven Wieduwilt

Oliver Lindner

„Denken ohne Geländer“ anstatt Angst und Pessimismus

In der ZDF-Mediathek sind derzeit zwei interessante Reportagen anzuschauen. Die eine Reportage von Claus Kleber beschäftigt sich mit dem Silicon Valley und die bevorstehenden technischen Innovationen, die zu erheblichen gesellschaftlichen Veränderungen führen werden. Vielleicht ist es schwierig dazu eine ausgeglichene Haltung zu haben, aber die Reportage durchzieht ein typisch deutscher Kulturpessimismus, wo Probleme und wenig Chancen im Mittelpunkt stehen. Die zweite Reportage beschäftigt sich mit Donald Trump und seinem Wahlkampf. Kernaussage: Der „weiße Mann“ erkennt, dass er bald zur Minderheit im eigenen Land gehört und sucht nun eine laute Stimme, um seine Ängste vor diesem gesellschaftlichen Wandel zu kompensieren. Beide – völlig gegensätzliche Entwicklungen – finden sich derzeit in einem einzigen Land. Beide Entwicklungen sind jedoch globale Phänomene, die in den Ländern sehr unterschiedlich bearbeitet werden.

In der Tat werden die beiden Themen Migration und Digitalisierung die Mega-Themen des 21. Jahrhunderts sein. Beide Themen werden Gesellschaften und Staaten radikal verändern. Und wahrscheinlich wird dieser Prozess relativ schnell passieren – ja, wir sind bereits mitten drin. Dass dies bei einigen Menschen auch Sorgen und Ängste auslöst, ist ganz verständlich. Gesellschaften müssen mit den technologischen Entwicklungen mithalten können. Sie müssen über die Wirkungen, Herausforderungen, Chancen und auch möglichen Nachteilen diskutieren. Natürlich hat jede Entwicklung auch Nachteile, aber wird es uns am Ende besser gehen als heute? Gebraucht wird eine visionäre Sicht auf die Dinge, die eine mögliche Zukunft mit dem Ist-Zustand heute vergleicht. Denn

„früher“ und heute ist eben nicht alles besser. Wer das behauptet, ist Opfer eines Zukunftspessimismus. Damit lässt sich keine gute Zukunft gestalten, wahrscheinlich noch nicht mal ertragen.

Die gegenwärtige Zuwanderung von Flüchtlingen nach Europa ist ein Beispiel. Es ist Fakt, dass weltweit 65 Millionen Menschen auf der Flucht vor Krieg, Bürgerkrieg und Umweltzerstörung sind. Es ist auch Fakt, dass ein sehr kleiner Teil dieser Fluchtbewegung auch nach Europa zieht. Weltweite Migrationsbewegungen sind so alt wie die Welt und auch die Europäer sind in schlechten Tagen gern auf andere Kontinente gezogen. Die gegenwärtige europäische Debatte ist jedoch beherrscht von gefühlter Angst und von kurzfristigen Problemlösungen. Es fehlt eine grundsätzliche Debatte in der Gesellschaft über den Unterschied von Assimilation und Integration, über Chancen, über konkrete und baldige Herausforderungen und über Regeln, die auch künftige Migrationsbewegungen gesellschaftlich beherrschbar machen. Die Digitalisierung ist ein weiteres Beispiel. Wir sind mittendrin. Wir können es uns nicht mehr aussuchen. Natürlich kann man auf ein Smartphone verzichten und sein Nokia-Barren aktivieren. Dieser Prozess, der ungeheures Kapital akkumuliert und Know-how zusammenführt und immer neue Lösungen und Produkte auf den Markt bringt, ist unaufhaltsam. Ähnlich wie vor 100 Jahren kann ein solcher gesellschaftlicher Modernisierungsprozess mit Autokratie, Diktatur und Krieg verlangsamt werden – jedoch wird die Geschichte der Menschheit immer fortgesetzt werden. Schon damalige Untergangsszenarien haben sich langfristig nicht bewahrheitet, aber kurzfristig der Welt viel Leid und Elend zugefügt.

Wo sind die zupackenden Zukunftsoptimisten, die den technologischen Visionen aus Silicon

Valley auch gesellschaftliche Visionen entgegen setzen können? Wo sind die progressiven Parteien, die diesen Prozess für die Zukunft gestalten werden? Benchmark des Erfolges sind nicht die Pessimisten und Miesepeter der AfD, der Trumps und FPÖs! Aus dieser Geisteshaltung ist auch in der Vergangenheit nichts Gutes hervorgekommen. Sie haben Entwicklungen gebremst, bis es krachte, aber noch nie ein einziges (noch nicht einmal) gegenwärtiges Problem gelöst.

Zukunftsgestalter müssen sich heute gedanklich von den gegenwärtigen Arbeits- und Denkstrukturen lösen können. Sie werden in Zukunft zwangsläufig von gestern sein. Optimisten wollen selber gestalten und sich nicht von Entwicklungen überrollen lassen. Deshalb brauchen wir neue – zunächst – Denkstrukturen, frei nach Hannah Arendt ein „Denken ohne Geländer“. Die Zukunft ist offen für jedermann, der sich aufmacht. Denn die heutige Welt ist nicht perfekt. Bei weitem nehmen heute nicht alle Menschen gleich teil, an Demokratie und wirtschaftlichen Chancen. Seit Jahren beklagen wir die Ungerechtigkeit im Bildungssystem, die Eliten unter sich lässt und sozial Benachteiligte aussortiert. Seit Jahren beklagen wir die zunehmende weltweite Konzentration von Reichtum und die Verfestigung von Armut. Und seit Jahren beklagen wir, dass unsere demokratische Gesellschaft nicht mehr alle mitnimmt – und meine Kritik: Wichtige Debatten nicht führt. Und wir beklagen seit Jahren, wie der Mensch zunehmend seine Lebensgrundlage zerstört. Baustellen gibt es also im Heute genug. Pessimisten und Populisten werden es immer wieder beklagen, jedoch nie etwas verändern. Das würde schließlich ihre Geschäftsgrundlage zerstören. Also dann, liebe Progressive, Liberale, Sozialdemokraten und optimistischen

Weltverbesserer – organisiert euch und fangt mal an!

Konkret muss es dort anfangen, wo sich ein paar Gleichgesinnte treffen und das selbe Ziel verfolgen. Denkt dabei nicht an die derzeitigen Strukturen, an Hierarchien, an Delegierte, an Vorsitzende und den 3. Beisitzer. Denkt an Ziele und dann welche Struktur man braucht, um diese zu erreichen. Genau dieser Gedankenansatz wird die Digitalisierung vom Menschen verlangen. Gefragt sind Lösungen und Wege, um zu einem Ziel zu kommen. Wer „tote Strukturen“ beatmet, wird zum Pessimisten.

„Was den Menschen zu einem politischen Wesen macht, ist seine Fähigkeit zu handeln; sie befähigt ihn, sich mit seinesgleichen zusammenzutun, gemeinsame Sache mit ihnen zu machen, sich Ziele zu setzen und Unternehmungen zuzuwenden, die ihm nie in den Sinn hätten kommen können, wäre ihm nicht diese Gabe zuteil geworden: etwas Neues zu beginnen.“ (Hannah Arendt)

Oliver Lindner ist Mitglied im Landesvorstand der SPD Sachsen-Anhalt und im Präsidium der AWO Sachsen-Anhalt.

Interview

mit Katja Schoner, Bürgermeisterkandidatin in Lamspringe, stellv. SPD-UB-Vorsitzende und Mitglied im SPD-Landesvorstand

Du bist schon viele Jahre in der Kommunalpolitik aktiv. Im Samtgemeinderat, im Kreistag und bewirbst Dich nun um das Amt der Bürgermeisterin der Gemeinde Lamspringe. Was war Dein Beweggrund, Dich kommunalpolitisch zu engagieren?

Vor gut 15 Jahren stand ich vor der Frage, wie vereinbare ich Familie mit Beruf. Zur damaligen Zeit war die Kinderbetreuung nur mäßig ausgebaut. Einen Kindergartenplatz bekam man in der Regel nur von acht bis zwölf Uhr. Das wollte ich ändern und so habe ich mich entschieden in der Politik mitzumischen. Heute ist Lamspringe in der Kinderbetreuung gut aufgestellt. Von der Tagespflege über Krippenplätze hin zur Ganztagschule. Das Beispiel zeigt gut, wie Dinge positiv durch das eigene Handeln bewegt und mitgestaltet werden können.

Was würdest Du jemandem sagen, warum sie oder er sich in der Kommunalpolitik engagieren sollte?

Weil Kommunalpolitik etwas schafft. Gerade in den Gemeinden sieht man, was passiert. Der Rat beschließt, dass ein Spielplatz saniert werden soll. Man bringt sich konkret in die Planung ein und einige Monate steht man auf den neuen Spielplatz und sieht die neuen Geräte und die Kinder, die sich darüber freuen. Deshalb würde ich jedem raten in der Politik mitzumachen. Unsere Zukunft gestalten wir am besten selbst.

Du warst seit 2011 Mitglied des Kreistages. Was hat Dich in den zurückliegenden fünf Jahren in der Kreispolitik am meisten geprägt?

Es waren Jahre, die mich gefordert und geprägt haben. Jahre, in denen ich gemeinsam mit unserer Kreistagsfraktion einiges bewegen konnte. Ich denke da an den Ausbau der Mittagsverpflegung, Gründung der Klimaschutzagentur, Neubau der Rettungswache Sehem, und, und, und. Die Kreistagsfraktion ist wie eine große Familie. Man gehört sofort dazu, wird als Diskussionspartner akzeptiert und gemeinsam versucht man den besten Weg für alle zu finden.

Wo siehst Du die Aufgaben und Herausforderungen für die Kreispolitik in den kommenden Jahren?

Die Ausgangslagen und die Entwicklungschancen der einzelnen Gemeinden und Städte sind in unserem Landkreis sehr unterschiedlich. Dadurch wird es in Zukunft noch wichtiger sein, dass der Landkreis seiner Ausgleichsfunktion nachkommt. Deshalb wird es unter anderem wichtig sein, die Zusammenarbeit von Gemeinden, Städten und Kreis zu intensivieren. Ziel muss es sein Schwächen zu kompensieren und Stärken zu fördern.

Du bewirbst Dich um die Aufgabe der Bürgermeisterin der Gemeinde Lamspringe. Was war und ist Dein Antrieb, Deine Motivation für diese Kandidatur?

Die Samtgemeinde Lamspringe ist für mich mehr als mein Wohnort. Hier ist seit über 40 Jahren mein Zuhause. Hier bin ich aufgewachsen, zur

Schule gegangen und hier lebt seit vielen Generationen meine Familie und hier bin ich geerdet. Und hier will ich gemeinsam mit meinen Mitbürgern unsere Zukunft und die Zukunft unserer Kinder gestalten.

Was sind Deine Ziele für Deine Heimatgemeinde?

Ich stelle meine Ziele unter drei große Überschriften:

Mehr Miteinander- Mehr Möglichkeiten

In der Kommunalpolitik werden Entscheidungen getroffen, die jeden Bürger unmittelbar betreffen. Es geht dabei um die Fragen „Wie wollen wir leben?“, „Welche Ansprüche haben wir an unser direktes Umfeld?“ und „Wie können wir uns einbringen?“ Ich will mit den Bürger darüber sprechen und Zukunftskonzepte entwickeln. Beteiligung braucht aber Verbindlichkeit. Daher werde ich Leitlinien für verbindliche Bürgerbeteiligungsprozesse erarbeiten. Dabei ist es wichtig einen intensiven Kontakt zu allen Bürgerinnen, Bürgern, Vereinen, Verbänden und der lokalen Wirtschaft lebendig und auf Augenhöhe gestalten, auch um neue Möglichkeiten zu entwickeln.

Starke Wirtschaft – Sichere Zukunft

Unsere Wirtschaftsstruktur muss erhalten und weiterentwickelt werden. Um dies zu erreichen müssen wir Strategien entwerfen, zum einen, wie neue Unternehmen für unsere Gemeinde gewonnen werden können. Zum anderen wie das Entwicklungspotential im Tourismusbereich ausgenutzt werden kann. Zusätzlich ist mein Ziel ein Konzept für eine koordinierte Außendarstellung zu entwickeln, um die Marke „Lamspringe“ weiterentwickeln und bekannter machen. Eine weitere Möglichkeit der Wertschöpfung sehe in der kommunalen Zusammenarbeit. Gemeinsam müssen wir von den unterschiedlichen Stärken profitieren und

somit neue Wertschöpfung für Lamspringe schaffen.

Miteinander der Generationen

Die Generationen können viel voneinander profitieren. Mein Wunsch als Bürgermeisterin wird es sein, Mehrgenerationenprojekte zu installieren, in dem sich die Generationen begegnen, sich miteinander austauschen und gemeinsame Projekte besprechen und angehen können. Ein soziales Netzwerk, „Jung hilft alt“, und weitere Projekte kann ich mir vorstellen. Ich möchte als Bürgermeisterin erreichen, dass diese Bevölkerungsgruppen sich bei uns wohlfühlen, hier die Heimat sieht, in unserer Gemeinde bleiben und sich weiter für unser Gemeinwohl engagieren möchte. Deshalb brauchen wir gute Kinderbetreuungsangebote genauso wie eine wohnortnahe altersgerechte Infrastruktur. Außerdem ist mir wichtig soziale Einrichtungen zu erhalten. So wichtige Einrichtungen wie bspw. Schulen, Kitas, Jugendraum, Freibad und Dorfgemeinschaftshäuser müssen erhalten bleiben, weil wir nur damit die Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements der Vereine und Verbände sowie der Bürgerinnen und Bürger in den sozialen, kulturellen und sportlichen Bereichen erhalten können.

Wie siehst Du das Verhältnis zwischen Landkreis und seinen Städten und Gemeinden? Gibt es Handlungsbedarfe?

In meinen Augen läuft die Zusammenarbeit in vielen Bereichen schon sehr gut. Aber angesichts der zukünftigen demografischen Veränderungen und der anhaltend knappen Kassen ist eine vorausschauende Kommunalpolitik umso mehr gefordert. Die Kirchturmpolitik in einzelnen Bereichen zu verlassen, um gemeinsam Verbesserungen für die Bürgern zu erreichen. Deshalb sehe ich Handlungsbedarf in der Zusammenarbeit. Wir

müssen dahin kommen, dass wir gemeinsam und abgestimmt, Entscheidungen für den Erhalt und die Entwicklung unserer Region treffen.

Du bist seit 2014 Mitglied des Landesvorstandes, wurdest beim Landesparteitag in Braunschweig als Beisitzerin bestätigt. Wie sind Deine Erfahrungen? Und was ist Dein Anspruch an die Arbeit im Landesvorstand?

Meine Erfahrungen sind sehr positiv. Der Austausch im Landesvorstand findet auf Augenhöhe statt, egal welchen politischen Background man hat, man wird ernstgenommen. Dabei profitiere ich nicht nur von den politischen Erfahrungen und Perspektiven meiner Mitstreiter. Der Austausch spornt mich auch immer wieder an, den Blick über den Tellerrand zu werfen. Und das Beste: oft passiert dieser Ansporn ganz nebenbei und zunächst ganz unbewusst bis ich z.B. auf dem Heimweg merke, wie mich ein Gespräch umtreibt und ich daraus Impulse ableite.

Bei meiner Arbeit ist mir wichtig, dass sich durch die überregionale Vernetzung neue Möglichkeiten für unsere Region eröffnen. Zudem gibt es mir die Möglichkeit unsere Anregungen, Sorgen und Probleme in die Landesebene zu transportieren.

In Niedersachsen liegen wir bei Wahlen und in Umfragen bei über 30 Prozent. Aber wie schafft unsere Partei es, die Ergebnisse auch auf Bundesebene mal wieder zu erreichen? Wie kann sie wieder Mehrheitsfähigkeit erlangen?

Ich bin ein politischer Mensch. Ein politischer Mensch sucht sich eine politische Heimat – zu der man steht, auch wenn man nicht mit allem einverstanden ist. Ich habe vor vielen Jahren meine politische Heimat in der SPD gefunden. Grund dafür waren unsere Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Das ist unser Markenkern und darauf sollten wir uns wieder besinnen. Dann bin ich überzeugt, geht es auch wieder aufwärts.

Martin Wincek

Für eine Politik von jungen Menschen für junge Menschen - Das erste Jugendwahlprogramm im Landkreis Hildesheim

Werden junge Menschen ausreichend von Politik angesprochen? Laut der Shell Jugendstudie von 2015 bezeichnen sich 41% der befragten 12- bis 25-Jährigen als politisch interessiert. Doch diese fühlen sich nicht unbedingt von Parteien vertreten. Das kann auch an der Sprache von Politik liegen. In der Studie „Sprichst du Politik?“ der Friedrich Ebert Stiftung äußern junge Menschen, dass Politiker mit zu schwerer Sprache abschrecken. Auch wissen die Jugendorganisationen von Parteien, wie schwer es ist, ihre Standpunkte in Wahlprogramme zu bringen.

Deshalb ist es etwas besonderes, dass die SPD im Landkreis Hildesheim gleich ein eigenes Jugendwahlprogramm der Jusos zur Kommunalwahl am 11. September 2016 beschlossen hat. In diesem Programm sind – neben vielen anderen – folgende Ziele aufgeführt:

- Kostenlose Fahrkarten für OberstufenschülerInnen und Azubis
- Gleichberechtigte Vertretung von SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern in Schulgremien (Drittelparität)
- nützliche Bus- und Bahnverbindungen im Landkreis
- schnelles Internet im ganzen Landkreis, am besten mit Glasfaserkabeln
- öffentliche WLAN-Zugänge
- Jugendparlamente in allen Gemeinden und im Landkreis

Die Jusos bestehen aus Mitgliedern im Alter von 14 bis 35. Man kann „Nur-Juso“ sein, doch SPD-Mitglieder in diesem Alter sind automatisch Jusos. Ursprünglich erarbeiteten wir ein gemeinsames Jugendwahlprogramm, um unsere Positionen in das Programm der SPD zur Kommunalwahl einzubringen. Immerhin darf zur Kommunalwahl ab 16 Jahren gewählt werden und viele Entscheidungen vor Ort betreffen das aktuelle und zukünftige Leben junger Menschen. Wir Jusos legen damit als erste Jugendorganisation einer Partei im Landkreis Hildesheim überhaupt ein Jugendwahlprogramm von jungen Menschen für junge Menschen vor. Ebenso hat die SPD als erste Partei im Landkreis ein Programm ihrer Jugend verabschiedet und damit ein wichtiges Zeichen gesetzt.

Zu einigen Positionen der Jusos im Jugendwahlprogramm gab es aus der SPD zwar kritische Stimmen – immerhin haben wir zu einigen Themen andere Ansichten als unsere „Mutterpartei“. Doch die Verabschiedung des Jugendwahlprogramms zeigt, dass die SPD im Landkreis Hildesheim offen für die Diskussion unterschiedlicher Meinungen ist und diese zulässt. Das ist gut, denn nachhaltige Politik muss die Interessen junger Menschen berücksichtigen. Nun müssen sich die SPD und

Jusos gemeinsam für die Umsetzung dieser Ziele einsetzen.

Das Jugendwahlprogramm steht unter dem Motto „Die Welt verändern, vor Ort beginnen“. Damit wir den Landkreis Hildesheim in diesem Sinne für junge Menschen mitgestalten können, müssen junge SPD-KandidatInnen am 11. September 2016 in die Ortsräte, Stadträte und in den Kreistag gewählt werden. Es geht um die Frage, wie wir heute und in Zukunft leben wollen. Doch die Diskussion um die Frage nach der besten Politik für junge Menschen endet nicht mit der Verabschiedung des Programms und der Wahl unserer KandidatInnen. Weder kann ein Programm umfassend sein noch bleibt es für immer, wie es ist.

Darum laden wir euch ein: Lest das Jugendwahlprogramm auf den Seiten der Jusos auf www.spd-ub-hildesheim.de. Kontaktiert uns per Mail an ubvorstand@jusos-hildesheim.de falls ihr Fragen, Anmerkungen oder Vorschläge habt. Und vor allem: Kommt gerne zu unseren Treffen vorbei und bringt euch in die Diskussion ein! Nur wenn wir uns zusammen einbringen, können wir unsere Ziele und Vorstellungen Stück für Stück umsetzen. Es lohnt sich!

Martin Wicek ist stellv. Vorsitzender des Juso-Unterbezirks Hildesheim und Mitglied im SPD-Unterbezirksvorstand.

Interview

mit Georg „Schorsch“ Brockmeyer, Landesgeschäftsführer der niedersächsischen SPD, zur Situation in Österreich

Georg „Schorsch“ Brockmeyer ist seit Sommer 2015 Landesgeschäftsführer der niedersächsischen SPD. Zuvor arbeitete er mehrere Jahre im Bereich der politischen Kommunikation in Österreich und davor in Deutschland. In Österreich war er unter anderem im Büro des SPÖ-Parteivorsitzenden Alfred Gusenbauer und als Leiter eines Teams im Nationalratswahlkampf 2002 tätig. Vor seinem Wechsel nach Hannover war er Vorsitzender einer Sektion der SPÖ Penzing.

Lieber Schorsch, Du hast lange in Österreich gelebt, im politischen Bereich gearbeitet, einer SPÖ-Sektion vorgestanden. Wie hast Du die Abende der Präsidentschaftswahlen durchlebt?

Äußerst angespannt und aufgeregt. Bei der Stichwahl nochmal mehr.

Wie konnte es dazu kommen, dass nicht nur kein Vertreter von SPÖ und ÖVP im Rennen war, sondern auch ein Rechtspopulist an der Spitze Österreichs nur knapp verhindert werden konnte?

Das liegt zu einem erheblichen Teil an der großen Koalition unter dem mittlerweile zurückgetretenen Kanzler Werner Faymann: Keine klare Haltung, keine erkennbare Linie für wen Politik und Zukunft gestaltet wird. Der 180 Grad Schwenk in der Asyl- und Flüchtlingspolitik war zudem ein großer politischer Fehler. Die Menschen wählen eher das Original als die Kopie. Zudem wurde so die Propaganda der

Rechtspopulisten gestärkt. Die ausgesprochen auflagenstarken und rechten Boulevardmedien haben das zudem befeuert.

Kurz: rot-schwarz hat Ängste weiter befeuert, anstatt dass die Politik der Bundesregierung Hoffnung gemacht hätte.



Was ist in der Gesellschaft passiert, dass es zu einer solchen Entwicklung kommen konnte?

Sowohl die konservative ÖVP als auch die SPÖ haben leider die FPÖ nie konsequent genug bekämpft. Da wurde sich immer ein Hintertürchen offen gehalten. Noch schlimmer: Häufig wurden FPÖ Position light manchmal auch komplett übernommen. Das stärkt das Original.

Eine gefühlt nahezu einzementierte große Koalition führt auch zu einem stärkeren Protest-Wahlverhalten.

Durch die mangelnde Aufarbeitung der NS-Zeit und der vorhergegangenen austrofaschistischen Diktatur in Österreich ist die demokratische

Zivilgesellschaft auch nicht so stark, wie sie sein sollte.

Interessanterweise hatte ich immer das Gefühl es gibt in Österreich eine gesellschaftliche Mehrheit rechts der Mitte, die glücklicherweise nicht regierungsfähig ist. Also umgekehrt zu Deutschland wo ich eher eine gesellschaftliche Mehrheit links der Mitte sehe die leider nur selten regierungsfähig ist - zumindest auf Bundesebene.

Zur Situation der SPÖ: Eine vormals große Arbeiterpartei, von der nur noch ein Torso übrig ist, wie in Zeitungen zu lesen war? Oder ist da noch mehr?

Das empfinde ich als zu hart. Die SPÖ hat das Problem, dass sie einem sehr zentralistischen Organisationsprinzip folgt. Das erschwert Debatten und manchmal notwendige Erneuerungen. Durch den nun erzwungenen Wechsel an der Parteispitze hat sich aus meiner Sicht eine unglaubliche Dynamik innerhalb der SPÖ entwickelt. Mutig in neue Zeiten quasi. Es ist jedoch richtig, dass die SPÖ dringend an ihrer Programmatik arbeiten muss.

Vor welchen Herausforderungen steht die SPÖ und welche Perspektiven gibt es?

Der Prozess für ein neues Parteiprogramm muss endlich in die Gänge kommen. In Wien läuft das schon gut im Rest der Partei leider gar nicht. Es braucht eine Organisationsreform: Mehr Mitsprache und demokratische Rechte für die einzelnen Mitglieder und die Gliederungen bei gleichzeitiger Aufwertung von Parteitagen und ihrer Beschlüsse.

Die SPÖ muss sich mehr öffnen für neue Schichten bzw. diejenigen wieder gewinnen, die einst mit ihr zogen oder wie Kreisky das ausdrückte ein Stück des Weges mitgegangen sind. Innerhalb der großen Koalition muss die SPÖ wieder klar machen, für was sie steht und vor allem, wo sie hin will.

Du bist seit gut einem Jahr Landesgeschäftsführer der niedersächsischen SPD. Welche Lehren ziehst Du aus der Entwicklung in Österreich für die deutsche Politik?

Haltung haben, sie zeigen und vertreten, die Rechte inhaltlich stellen und bekämpfen und nicht meinen, sie kopieren zu müssen. Ohne ein Zukunftsprogramm wird es auch nicht gehen: Zukunft und Zusammenhalt kann da die Überschrift sein.

Gemeinde Holle steigt in Planung des Radweges Grasdorf-Holle ein

Die Gemeinde Holle übernimmt in Abstimmung mit dem Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr in eigener Regie die Planung des Radweges zwischen Grasdorf und Holle. Ein Antrag hierzu wurde von der SPD-Ratsfraktion bereits im Mai auf den Weg gebracht, nachdem der niedersächsische Wirtschaftsminister Olaf Lies diesen Vorschlag bei einem Bürgerstammtisch des SPD-Gemeindeverbandes Holle unterbreitet hatte. Am 10. Juni fand hierzu ein weiteres Gespräch mit dem Minister statt.



Weitere Infos auf www.spd-holle.de

Flucht nach Deutschland früher und heute – SPD spricht über Integration als zentrale gesellschaftliche Aufgabe

Für den 27. Juni 2016 hatte der SPD-Unterbezirk Hildesheim zu der Veranstaltung „Flucht nach Deutschland früher und heute – Integration als gesellschaftliche Aufgabe“ eingeladen. Die Veranstaltung diente dem Austausch mit den freiwilligen Helferinnen und Helfern in der Flüchtlingsarbeit im Landkreis Hildesheim. Als Redner und Gesprächspartner konnte Michael Rüter, Staatssekretär und Beauftragter des Landes Niedersachsen beim Bund, begrüßt werden.

In ihrer Begrüßung wies Waltraud Friedemann, Vorsitzende des SPD-Unterbezirks Hildesheim, auf die Flüchtlingssituation im zurückliegenden Jahr hin. „Seit dem letzten Sommer sind viele Flüchtlinge zu uns nach Deutschland und damit in den Landkreis Hildesheim gekommen“, so Waltraud Friedemann. „Viele dieser Flüchtlinge werden zukünftig bei uns bleiben.“ Deutschland und Niedersachsen seien zwar schon immer Ziel von Flucht- und Wanderungsbewegungen gewesen, trotzdem sei die Integration der Flüchtlinge nicht nur eine große Chance, sondern auch gleichzeitig eine große gesellschaftliche Herausforderung für die kommenden Jahre.

Michael Rüter ging zu Beginn seiner Rede ebenfalls auf frühere Migrationsbewegungen nach Deutschland ein, schlug in seiner Rede dann den Bogen zu den aktuellen Flüchtlingsbewegungen und zur aktuellen Flüchtlingssituation. Er betonte, dass die meisten Flüchtlinge derzeit nach wie vor aus

Syrien, dem Irak und Afghanistan kämen. Im Hinblick auf aktuelle Berichterstattungen wies er darauf hin, dass Flüchtlinge aus den Maghreb-Staaten für Niedersachsen eine untergeordnete Rolle spielten. Gleichzeitig unterstrich er, dass wir auch zukünftig mit Fluchtbewegungen zu tun hätten. „Kriege, Entzug der Lebensgrundlagen durch Umweltzerstörungen und Klimawandel und ökonomische Rahmenbedingungen, die Arbeitsmigration rational nachvollziehbar machen, werden auch zukünftig zu den entsprechenden Flucht- und Wanderungsbewegungen führen“, so Michael Rüter. Im Hinblick auf die Frage der



Arbeitsmigration ergänzte er, dass die demographische Entwicklung in Deutschland den Zuzug von 500.000 Fachkräften erforderlich mache. Aus diesem Grund sei ein Einwanderungsgesetz erforderlich. Im Verlauf seiner Rede stellte Michael Rüter das Bündnis „Niedersachsen packt an“ vor. Das Bündnis ist eine gemeinsame Initiative des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der beiden christlichen Kirchen, der Unternehmerverbände Niedersachsen, der Kommunalen Spitzenverbände und der Niedersächsischen

Landesregierung. Das Bündnis und seine Unterstützerinnen und Unterstützer haben sich die Aufgabe gestellt, sich solidarisch für eine erfolgreiche Flüchtlingsintegration zu engagieren. „Wir haben das Bündnis auch ins Leben gerufen, damit Integration auch dann ein Thema bleibt und erfolgreich gelingt, wenn es nicht mehr auf den Titelseiten der Zeitungen steht“, so Michael Rüter. „Dazu gehört, in den festen Arbeitsprozessen der Bündnispartner Hemmnisse zu identifizieren und Lösungswege zu entwickeln.“ Mit den Integrationskonferenzen des Bündnisses zur Bedeutung von Sprache und Integration in den Arbeitsmarkt seien wichtige Schritte gemacht worden. Schließlich griff Michael Rüter die Bedeutung des Ehrenamtes auf. „Ein wichtiger und großer Teil der Flüchtlingsarbeit wurde und wird von den freiwilligen Helferinnen und Helfern geleistet. Vieles wäre ohne deren Engagement nicht denkbar.“ In einer Bilanz zeigte sich Michael Rüter zuversichtlich und optimistisch. „Wenn alle Räder ineinander greifen, dann bekommen wir das hin, dann finden sich Lösungswege und dann gelingt die Integration.“

Olaf Levonen, 1. Kreisrat des Landkreises Hildesheim und SPD-Landratskandidat, nahm ebenfalls an der Veranstaltung teil. Er wies in seiner Rede auf die Flüchtlingsbewegungen im Herbst 2015 hin. „Es war damals eine prekäre Situation. Die Entwicklungen stellten die Handlungsfähigkeit des Staates in Frage“, betonte Olaf Levonen. Der Landkreis habe damals Konsequenzen gezogen, den Krisenfall ausgerufen und damit Entscheidungswege verkürzt. Das sei kritisiert worden, sei aber im Rückblick die richtige Entscheidung gewesen. Olaf Levonen betonte die Herausforderungen der Integration. „Wir haben große Aufgaben vor uns, aber es ist für uns und unsere Gesellschaft eine große Chance, auch im Hinblick auf die

demographische Entwicklung.“ Er knüpfte damit an Michael Rüter an und betonte die Notwendigkeit, Fachkräfte für die hiesigen Unternehmen zu gewinnen.

Auch kritische Anmerkungen fanden sich in Levonens Rede. Die Einschätzung, dass die bundesdeutsche Politik und Gesellschaft Erfahrung mit Integration hätten, sei nur teilweise richtig. Die Integration der zweiten Generation der sog. „Arbeitsmigranten“ der 60er und 70er Jahre beruhe auf Eigen-Integration. „Wir, Politik und Gesellschaft, müssen aus den Fehlern früherer Zuwanderung lernen und Integration tatsächlich als Aufgabe annehmen“, betonte Olaf Levonen.

Nach den Impulsvorträgen von Michael Rüter und Olaf Levonen entstand ein spannendes Gespräch mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Veranstaltung, die selbst als freiwillige Helferinnen und Helfer in der Flüchtlingsarbeit aktiv sind. Zum Abschluss zeigte sich Waltraud Friedemann sehr zufrieden. „Es war richtig, dieses offene Gespräch anzubieten und den Austausch zwischen den Helferinnen und Helfer und Vertreterinnen und Vertreter der SPD zu ermöglichen“, so Waltraud Friedemann.

Brennetrogrennen 2016

Sommer, Sonne, Spaß



IMPRESSUM

Sven Wieduwilt
Vorsitzender des SPD-
Gemeindeverbandes Holle
Wiethagen 3
31188 Holle

E-Mail:
info@sven-wieduwilt.de

Homepage
www.sven-wieduwilt.de